

# Kulturgut in Gefahr

✘ Aus einem bescheidenen Glashäuschen an der Amsterdamer Straße in Köln (Foto) ruft ein schwaches Stimmchen um Hilfe. Darin sitzt Alfred Neven Dumont, Herausgeber einiger Zeitungen, die er für ein bedrohtes Kulturgut hält: Kölner Stadtanzeiger, Express, Kölnische Rundschau, Frankfurter Rundschau, Berliner Zeitung, Berliner Kurier, Hamburger Morgenpost sowie einer Handvoll lokaler Radio- und Fernsehsender. Vermutlich haben wir jetzt einiges vergessen.

Grund für das wiederholte Wehklagen: Die von Dumont hergestellten Kulturgüter finden nicht mehr den Absatz, den der Verleger für sein bescheidenes Auskommen und den Unterhalt eines eigenen Museums für die Werke seines erfolglos malenden Sohnes benötigt. Und so richtet der alte Unternehmer seinen begehrlischen Blick auf die öffentlich-rechtliche Konkurrenz. Wenn die eigenen qualitätsjournalistischen Erzeugnisse ebenso erfolglos werden wie die Volkspädagogik der Zwangssender und das zahlende Publikum sich lieber im Internet informiert – könnte man da nicht vielleicht auch eine Zwangsgebühr für alle erheben?

Der [Kölner Stadtanzeiger](#) veröffentlicht die Gedanken seines Herausgebers – die diesmal sogar als solche kenntlich gemacht sind:

Das drohende Sterben der Zeitungen ist nicht nur ein kultureller Verlust, sondern auch eine Gefahr für die Demokratie. Mit dieser Warnung hat Verleger Alfred Neven DuMont die Politik aufgefordert, den Zeitungen zu helfen. (...)

Die Anzeigenentwicklung allein der Abonnementzeitungen mit einer Auflage von über 200.000 Exemplaren erreichte übers Jahr einen Rückgang von rund 20 Prozent. Die zum Teil dramatische Zeitungskrise in der westlichen Welt, die vor allem in Amerika wie ein Orkan gewütet hat, wurde hervorgerufen durch die Jugend, die sich der Elektronik zugewandt hat und sich vom gedruckten Wort abwendet. Überlappend dazu hat ebenfalls die Finanzkrise im ausgehenden Jahr 2008 und in 2009 der Zeitungsbranche weltweit hart zugesetzt. In allen Staaten der westlichen Welt agierten die Repräsentanten des Staates, der Medien, der jeweiligen Industriezweige und der Banken von den jeweiligen Tatsachen ausgehend, der Vernunft folgend. Sie stehen den notwendigen Einsparungen oder Unterstützungen mit Verständnis gegenüber. So auch in Deutschland. Aber was ist mit unserer Zeitungswelt?

Gibt es einen Politiker, der in den letzten Jahren ein einziges Wort darüber verloren hat, dass er besorgt sei um den zukünftigen Lebensraum der deutschen Tageszeitungen? Antwort: Nicht bekannt, von unverbindlichen Sonntagsreden abgesehen. Das alleine spricht Bände. Nachdem die Anstalten des öffentlichen Rechts gebändigt sind, ist – bis auf gelegentliche Ausrutscher der Wochenzeitungen –

nur noch von den Tageszeitungen eine ernsthafte kritische Haltung zu befürchten. (...)

Aber die Politik hatte sich längst ein Instrument erdacht, das die ungeliebten Tageszeitungen in Grenzen hält: das Kartellamt.

### **Kein Interesse an publizistischem Niveau**

Hier wachen entschlossene Juristen, die mit Eifer und geradezu mit Fanatismus den Auftrag der Politik erfüllen und das Wachstum der Verlage in und an ihren Grenzen von vornherein unmöglich machen. Die krassen Engpässe, denen die Presse seit Jahr und Tag ausgesetzt ist, interessieren nicht. Hier werden Ärzte zu einem kranken Patienten gebeten, die sich für alles interessieren, aber nicht für dessen Gesundheit. Ein Interesse an publizistischem Niveau kann man nicht erkennen. Wichtig erscheinen dem Amt nach wie vor nur die wirtschaftlichen Einheiten, die sich nicht zu den Nachbarn ausdehnen dürfen, auch dann nicht, wenn sich durch eine Zusammenlegung von Verlagsabteilungen Geld einsparen ließe, um es dann den Redaktionen zukommen zu lassen. Für das Kartellamt keine Diskussion. Ist die Politik damit zufrieden? (...)

Das Verlangen des Altunternehmers nach staatlichen Streicheleinheiten könnte ihm auch von seinem ehemaligen Chefredakteur und [jetzigen Vorstand Franz Sommerfeld](#) nahe gebracht worden sein. Als Redakteur der kommunistischen „Deutschen Volkszeitung“ ließ der seine Propaganda jahrzehntelang vom Stasistaat finanzieren, und weiß um die Vorteile staatlich finanzierter Volkspädagogik. Als Mitbringsel aus der guten alten Zeit führte Sommerfeld auch im Kölner Stadtanzeiger die Mode ein, die Stimmen einer ganzen Fraktion im Kölner Rat bei Zeitungsberichten über die Sitzungen und Abstimmungen einfach wegzulassen. Auch so etwas mag den Konzern den ein oder anderen Leser gekostet haben.

Um der Hinwendung der jungen Leser zum Internet Rechnung zu tragen, hat Neven Dumont soeben alle Beschäftigten seiner einzigen Internetzeitung, der „Netzeitung“, zum Jahresende entlassen und das Projekt eingestellt. Deren Leser sind herzlich eingeladen, sich in Zukunft bei pi-news zu informieren.